

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Verlagskonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Bankkonto:
Gebr. Kersch, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkath.

Bezugspreis einschließlich Frachtlohn mit den wichtigsten Postlagen „Nach der Arbeit“ und „Satz und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennige. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegrafische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Kleinzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Goldpf.

Nr. 154

Dresden, Freitag den 4. Juli 1924

35. Jahrg.

Drohende Hungerkatastrophe in Rußland

In einem offiziellen, vor kurzem in Moskau erschienenen 800 Seiten dicken Bande, das den Titel „Volk- und Staatswirtschaft“ trägt, wird festgestellt, daß Rußland durch den Krieg und die Revolution 4 053 000 und durch den Hunger im Jahre 1921 insgesamt 5 200 000 Menschenleben eingebüßt hat. Die Folgen dieser Hungerkatastrophe hat das Volk noch lange nicht überwunden. Laut Angaben der zentralen Kommission zur Bekämpfung der Kinderobdachlosigkeit gibt es in Rußland 1 680 120 elendlose Kinder, von denen nur 149 000 in Kinderheimen untergebracht sind und 490 000 sterben. Das sind die Weisen der durch den Hunger zugrunde gegangenen Bauern. Aber schon streckt der Hungertod wieder seine Arme nach den russischen Bauern aus. . . .

Der Ton der Sowjetpresse wird von Tag zu Tag alarmierender. In Moskau werden bereits von der Regierung die Maßnahmen zur Beseitigung der Katastrophe diskutiert. Die russischen Nahrung-Organisationen sind zu einer Konferenz zusammengetreten. Die Hoffnung auf Auslandshilfe ist sehr gering. Die Sowjetregierung hat alles getan, um sich die Sympathien Amerikas, der Vorkammer der Welt, zu verschaffen. In verschiedenen Gebieten erweist die Bevölkerung bereits eine Panikstimmung; die Bauern verkaufen ihr Vieh und ihr Inventar für ein Futterbrot und versuchen sich mit Getreidevorräten. Sie verarmen ihre Häuser und ziehen nach dem Süden. Selbst das Zentralorgan der russischen kommunistischen Partei, die Pravda, schreibt in ihrer Nummer vom 21. Juni:

„Die Erinnerung an die Schrecken vom Jahre 1921 werden mit den ersten Anzeichen einer neuen Weizenkrise immer lebhafter, und jetzt, wo die Dörre drohende Formen angenommen hat, ruft sie bereits eine Panik hervor.“
Von der drohenden Hungersnot spricht die gesamte Sowjetpresse. Die offiziellen Berichte belegen, daß die Getreideerträge, die unauflöbliche Dürre und

der Ausfall von Regen die Ernte in dem größten Teil Rußlands entweder in ungünstigem Sinne beeinträchtigt oder sie völlig zu vernichten droht. Der vor kurzem niedergegangene Regen hat die Lage nicht gebessert. Eine mehr oder weniger günstige Ernte ist nur im Moskauer Industriegebiete und den zentralen Gouvernements zu erwarten. Dagegen lassen die großen Gebiete, die ohnehin den Bedarf der Bevölkerung an Getreide nicht zu produzieren vermögen und der übergroße Teil der Uckerprovinzen das Schlimmste befürchten. Dem ganzen südlichen Gebiet droht die Gefahr einer völligen Missernte. Das Astrachanische und das Zarizinske Gouvernements, das deutsche Wolgarebiet, die Gouvernements Pensa, Penza, Katerinenburg usw. haben unter der Eismasse ungenügend gelitten. Die gleiche Gefahr droht laut offizieller Berichte für die Ukraine, die Arim, für den größten Teil des Kaukasus und für Turkestan. Auch aus einem Teile Sibiriens, der Proskammer Rußlands, kommen alarmierende Nachrichten.

So steht Rußland vor einer Katastrophe, die die armenhaften Monate des Jahres 1921 wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Man sieht im Geiste — laut Informationen eines Vertreters in Rußland —, wie Mütter ihre Kinder verkaufen, Menschen ihren Hunger an Menschenfleisch sättigen, Haufen von Kinderleichen. . . . Wird Europa, wird Amerika wirklich ruhig mit ansehen, wie Hunderttausende von Menschen zugrunde gehen? Wird wirklich von keiner Seite Hilfe kommen? Indes meldet die Pravda vom 24. Juni, daß in Batum große Ladungen von Getreide nach Frankreich abgegangen sind. (1) Auch dauert der Export von Getreide ins Ausland noch wie vor an. Nutet das nicht wie ein Verbrechen am eigenen Volke an? Bedenkt man, daß im ganzen 180 Millionen Bvd im Laufe des Jahres exportiert worden sind, so ist nicht schwer zu berechnen, wieviel Menschenleben in Rußland durch diese Getreidemengen hätten gerettet werden können.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

Von Philipp Scheidemann

Die militärische Beaufichtigung eines Landes durch fremdländische Offiziere ist eine sehr demütigende Maßnahme. Die Militärkontrolle, der Deutschland sich erneut unterwerfen soll, ist aber nicht nur demütigend für uns, sie ist für die Entente vollkommen überflüssig; ihre einzige praktische Bedeutung besteht darin, daß sie für die Nationalisten in Deutschland ein neues Propagandamittel ist, wie es besser und wirksamer zur Zeit gar nicht hätte ausgedacht werden können.

Daß die Entente über alle Vorgänge in Deutschland genau informiert ist, unterliegt keinem Zweifel. Es gehört ja wirklich auch nicht viel Spürsinn dazu, um festzustellen, wie zahlreich die Organisationen, die militärische Spielereien veranstalten, sind. Die Zeitungen der in Betracht kommenden Verbände sind jedermann zugänglich, so daß alle Welt Tag für Tag lesen und aus den Bilderblättern erfahren kann, was bei uns zu Lande von den Vaterpatrioten gespielt wird.

Hat die Entente nun wirklich das geringste Interesse daran, die Soldatenspieler in Deutschland zu fördern? Ja, sie hat dies Interesse, denn die Spielerei ist ja vollkommen ungefährlich, besonders auch für Frankreich. Es ist aber für jede französische Regierung, besonders natürlich für die französischen Nationalisten, äußerst bequem, wenn sie auf die angeblich gefährlichen Vorgänge in Deutschland hinweisen kann. Sie kann damit alle Maßnahmen gegen Deutschland begründen. Steht das nicht, so kann eingewendet werden, in einem Widerspruch zu allem, was wir in jüngster Zeit aus Frankreich und über Derriot gehört haben? Allerdings. Aber steht es nicht auch in schreiendem Widerspruch zu den Aufgaben einer deutschen Regierung, daß sie den brutalsten Feinden der Republik im eigenen Lande KonzeSSIONen über KonzeSSIONen macht? Bestimmte Rücksichten muß jede Regierung auf starke Oppositionsparteien nehmen. Wie weit in Deutschland straflich viel auf diesem Gebiete geleistet wird, soll in diesem Zusammenhang nicht untersucht werden. Frankreich kann sich die indirekte Förderung der Soldatenspieler in Deutschland um so mehr leisten, weil man genau weiß, daß die Vorarbeiten für Ludendorff und alles, was damit im Zusammenhang steht, in seinen Auswirkungen wohl die deutsche Republik gefährden, unter gar keinen Umständen aber den Franzosen gefährlich werden kann. Das französische Verhalten Deutschland gegenüber ist also verständlich, denn es liegt im französischen Interesse. Die deutschen Interessen sind aber ganz anderer Art und deshalb hätte jede deutsche Regierung Anlaß genug, gegen die vaterpatriotischen Verbände in der radikalsten Weise vorzugehen.

Der Reichsbanner zum Ausland hat, weiß, wie unheilvoll die Soldatenspieler in Deutschland lenkelt unsrer Landesgrenzen wirkt. Hier soll noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, wie hoch es an der Zeit ist, in Deutschland wirksame Maßnahmen gegen die „vaterländischen“ Verbände, Bünde usw. zu treffen. Vielversprechend und erstreblich ist der Anfang, den die republikanisch-demokratisch einmündige Organisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gemacht hat. Innerhalb weniger Wochen stellen sich dieser Organisation mehr als 800 000 Mann zur Verfügung. Achtungsbekundend ist das „Reichsbanner“ in jüngster Zeit bereits dreimal auf dem von erernten: in Breslau, in Siegen und in Hannover. Wie dringend notwendig der weitere Ausbau ist, wird klar, wenn man sich vor Augen hält, wieviel gegenrepublikanische Organisationen zur Zeit in der deutschen Republik bestehen. Eine private Zusammenstellung, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, möge hier folgen:

- Nationale Bünde und Organisationen.
- I. Nationalsozialistische Freiheitspartei (Ludendorff, Hitler, von E. ace).
 - a) Kampfgruppe Nord, Berlin; b) Kampfgruppe Süd, München.
 - Die jetzt folgenden Gruppen II, III und IV unterstehen der Protektion des Landbundes.
 - II. Stahlhelm (in einer zu München beschlossenen Resolution wird gefordert, daß Stahlhelm über eine Million Mitglieder zählt). — Jungdeutscher Orden — Germania — Schwarzenberg.
 - III. Alldeutscher Verband. — Wikingbund. — Nationalverband deutscher Offiziere. — Verband nationaler Soldaten. — V. D. D. Geisler. — Volk, einzelne Organe-Formationen, Heimatsjugend.
 - IV. * Organe: a) Nordwest-Bund, Münster; b) Heimatsbund, Ostpreußen; c) Bund der Niederdeutschen, Hamburg.
 - V. Militär- und Marinevereine. — Jugendvereine. — Anstaltsbund. — Vorkrieglicher Kriegerbund. — Jungtürk. — Pfadfinderbund — Jungdeutsches Land.

Sicherlich werden die Mitglieder der verschiedenen Organisationen mehrfach gezählt sein, so daß absolut zuverlässige Angaben über die wirkliche Gesamtstärke nicht gemacht werden können. Daß es sich um Millionen von Mitgliedern handelt, die alle, direkt oder indirekt, zum Kampfe gegen die Repu-

Englisch-französische Meinungsverschiedenheit

Die Londoner Konferenz gefährdet? — Französische Einwände

rs. Paris, 4. Juli. (Eig. Draht.) Vor den vereinigten Kammerkommissionen für Finanzen und Auswärtiges wird Derritt heute Vorlesungen über die Verhandlungen von Chaux und Straßel abgeben, denen wegen des englisch-französischen Zwischenfalles größte Bedeutung beigemessen wird. Die Wichtigkeit des Textes der englischen Einladungen zur Teilnahme an der Londoner Konferenz wurde vom Quai d'Orsay bestritten. Wenn Witternacht mußte jedoch zugestanden werden, daß England tatsächlich in der primären Form ein Programm für die Londoner Konferenz aufgestellt habe. Im Pariser Außenministerium befürchtet man infolge dieses Programms, daß die Londoner Konferenz nicht zustande kommen könne. Frankreich könne auf keinen Fall zulassen, daß die Reparationskommission ihrer Rechte entsetzt und ein neuer Organismus mit der Befähigung künftiger Verletzungen Deutschlands betraut werden soll. Frankreich will auch nicht zugeben, daß die Sachverständigenpläne über die Bestimmungen des Verlaufs der Reparationspläne festhalten lassen, während es im neuen Organismus nur eine Stimme hätte und mit seiner Anschauung nicht durchbringen könne. Infolgedessen erklärte der Quai d'Orsay gestern abend, daß das englische Programm für Frankreich keine Geltung haben könnte und; daß Frankreich, wenn die Londoner Konferenz zustande komme, mit eigenen Anschauungen bevorzugen wird. Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England dauern fort. Verständig läßt sich nicht sagen, welchen Ausweg sie nehmen werden. In Frankreich behauptet man übrigens, daß nicht MacDonald der Verfasser des Programms sei, sondern Unterstaatssekretär Crewe und daß der Inhalt der Einladungen den Besprechungen von Chaux nicht entspricht.

Keine Verpflichtung über den Schlußtermin

rs. Paris, 4. Juli. (Eig. Draht.) Ueber die Beschlüsse der Vorkriegskonferenz zur deutschen Militärkontrollnote wird bekannt: Von der internationalen Militärkontrolle unter Vorsitz des Ministerpräsidenten war ein Bericht eingegangen, worin es heißt, daß ein Endtermin für die Inspektion bis 28. September nicht ausfindig werden könne. Das Militärkomitee sprach sich aber dafür aus, daß die Inspektion so rasch wie möglich beginnt und daß sie bis zu Ende durchgeführt werden soll. Die Vorkriegskonferenz verfaßt den Entwurf einer Antwort, die den alliierten Regierungen zugehen wird. Der Text ist häßlich und feil. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deutschland loyal an der Kontrolle

mitarbeiten werde, und daß durch diese Mitarbeit die Kontrolle in wenigen Wochen beendet werden wird. Argente eine Verpflichtung aber bezüglich des Schlußtermins wird nicht angedeutet.

Deutschnationale Minister für Erfüllungspolitik

Außer dem Ministerpräsidenten Held, an dessen Kabinett die Deutschnationalen beteiligt sind, und der Thüringischen Regierung, die ebenfalls deutschnational beeinflusst wird, hat jetzt also auch der deutschnationale Staatspräsident von Württemberg, Pazielle, die Durchführung des Sachverständigenaufsatzes als notwendig anerkannt. Als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter hat Pazielle immer entgegengekehrt gehandelt. Es zeigt sich also wieder einmal, daß die Deutschnationalen außerhalb der Regierung gehaltene Politik treiben, aber als Regierungspolitiker keine andere politischen Richtlinien verfolgen können, als sie von der Sozialdemokratie seit Jahren empfohlen wurden. In der letzten Besprechung der Ministerpräsidenten hat übrigens auch Herr v. Brandenstein der Chef der Regierung in Mecklenburg-Schwerin, der Politik des Reichskabinetts zugestimmt. Wenn er jetzt diese Zustimmung revidierte, dann lediglich unter dem Druck der Wahlen, die ihm seines Postens entziehen würden, wenn er anders gehandelt hätte, als er es tat. So erweist seine Stellungnahme zur Reichspolitik den Eindruck der Futtertrippelpolitik.

Ein verhindertes Prozeß

Sonan, 4. Juli. (Eig. Draht.) Nachdem bereits am Donnerstag die Verhandlung des Staatsgerichtshofes gegen den Hauptangeklagten im Meiningen-Separatistensprozeß, daran teilnahmte, daß die am besetzten Gebiet wohnenden Zeugen nicht zur Stelle waren, hatte die für Freitag vertagte Sitzung dasselbe Schicksal. Der Oberreichsanwalt gab ein Telegramm des Kondrats von Müdeheim bekannt, daß der französische Kreisbelegierte Armand dem im besetzten Gebiet wohnenden Zeugen für heute und die Zukunft verbieten habe vor dem Staatsgerichtshof zu erscheinen. Der Oberreichsanwalt beantragte Vertagung. Verteidigung und Angeklagter schlossen sich diesem Antrage an. Der Gerichtshof vertagte darauf die Verhandlung bis auf weiteres. Da es unmöglich sei, im unbefestigten Gebiet zu verhandeln, ein Antrag der Verteidigung, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen, lehnt das Gericht ab, da der Angeklagte durch Haftentlassung der deutschen Gerichtsbarkeit für immer entzogen würde.

Seite 8
tege An-
niere Ende
itung.
y von 8 bis
Quartal.
und Wissen,
Schumann.
noch nicht
3 bis 6 Uhr
r abholen.
Uhr. Bitte
Insel, Bor-
nds Punkt
öring über
ber Frisch-
förderung
nd für alle
die diese
schidwichtig.
L. ist diese
Hilfsmittel-
ue Chronik
altungereff
ital: Kurt
resden.
11824
1183
ti-
che
d bunt,
dcher
dcher
enden
ndso.
brannt
lung
bei
& Co.
dgr 41.
äder
suarität,
zu urt.
11828
drees
en, die
4 Zogen
ant 28
n ich
ann eine
Hilf-
über-
werden.
n der
itung.
e Film
sch u. Edgar
welcher
ienien!
ndlung.
las 10
italien.
ngen
er Stoffe,
l. Parier
Interate
Erg
ergab in
21. 06.
ments
ner
itung
auf alle
ontliche
unterneu.
Monar
ratur. 25
Geme 33
schlingung
ennanträge
er Volk-
in Ostpreu-
Ulrich